

Protestantismus und nationale Politik

Haberkamp, Ferdinand

Halle (Saale), 1909

Flugschriften
des
Evangelischen Bundes
zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

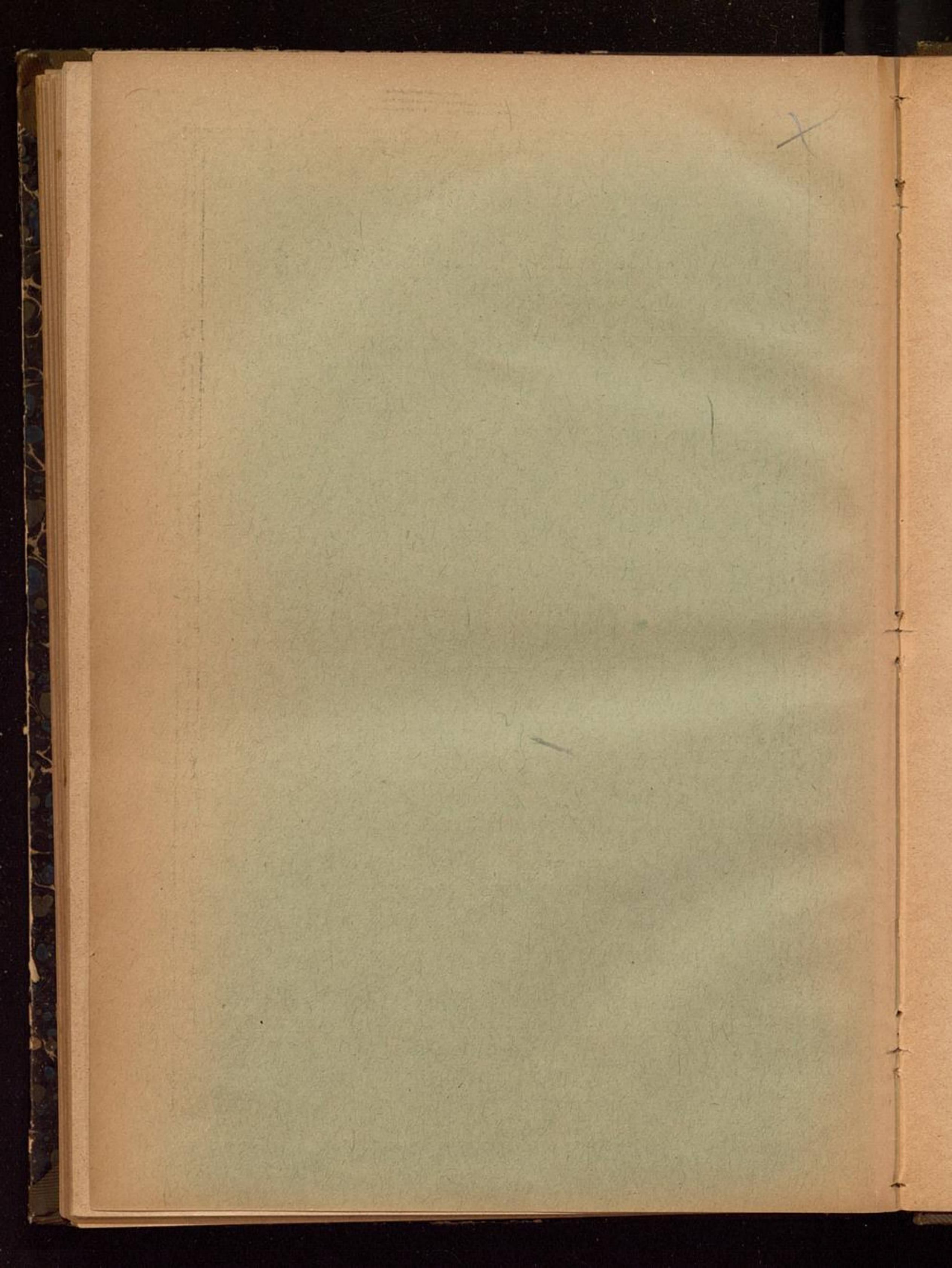
276
(XXIII. Reihe, 12)

Protestantismus und Nationale Politik.

Auf Grund eines Vortrages,
gehalten auf der 22. Provinzialversammlung des rheinischen Hauptvereins des Evangel. Bundes am 28. Juni 1909
von

Dr. Haberkamp, Pfarrer
Düsseldorf-Rath.

Halle (Saale) 1909
Verlag des Evangelischen Bundes.



Protestantismus und Nationale Politik.

Von Dr. Haberkamp, Pfarrer in Düsseldorf-Rath.

Politisch Lied ein garstig Lied, doppelt garstig für einen Theologen, wenn Heinrich von Treitschke über den Versuch Richard Rothes, Grundsätze einer politischen Moral aufzustellen, urteilt[1] „allen Theologen haftet die Schwäche an, daß sie nicht genug politische Sachkenntnis besitzen." Aber auch auf die Gefahr hin, daß auf die nachfolgenden Ausführungen Treitschkes Urteil Anwendung finden sollte, können wir dem Drang nicht widerstehen, der in unsrem Thema liegenden Aufgabe unser Nachdenken zu widmen.

Seit Jahren kommt die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik in unsren Reihen nicht mehr zur Ruhe. Professor D. Scholz in Berlin verteidigte den Evangelischen Bund gegen den von konservativer Seite erhobenen Vorwurf politischer Verirrungen in seinem Schriftchen „Der Evangelische Bund und die Politik". Pfarrer Wolff in Aachen behandelte auf der vorjährigen Tagung des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes das Problem „Religion und Politik". Heute steht die alte Frage in neuer Formulierung wieder vor uns und stellt uns die Aufgabe, Mittel und Wege zu suchen, um die in der protestantischen Weltanschauung liegenden politischen Ideale zu einer machtvollen Wirkung kommen zu lassen.

Zu dieser Aufgabe drängt die innerpolitische Lage in unserem Deutschen Reich. So seltsam es klingt, unser politisches Leben wird von dem Gegensatz des nationalen und des internationalen Geistes bestimmt. Es gibt schlechterdings keine politische Frage mehr, sei sie selbst rein wirtschaftlicher Natur, in die nicht die Machtfrage des Ultramontanismus hineinspielt. Seitdem der Katholizismus für sein politisches Ideal der Unterordnung des Staates unter die Herrschaft der Kirche sich in der Zentrumspartei eine so kraftvolle Organisation gegeben hat, erleben wir das tiefbeschämende Schauspiel, daß gegenüber diesem internationalen Fremdkörper die nationalen Parteien nicht das Maß von Einigkeit und Ge-

1) H. v. Treitschke, Politik I, S. 94.

schlossenheit zeigen, das notwendig wäre, um den Ultramontanismus politisch unschädlich zu machen. Wieder einmal in der Geschichte zeigt sich an der politischen Machtstellung der im Zentrum organisierten konfessionellen Minorität, daß die Macht einer Idee stets stärker ist als die Macht wirtschaftlicher Interessen, ein nicht mißzuverstehender Wink für die nationalen Parteien, über ihren wirtschaftlichen Gegensätzen nicht das einigende Band des nationalen Gedankens zu vergessen. Es bleibt Fürst Bülows unvergängliches Verdienst, daß er den Versuch gemacht hat, durch Einigung der bürgerlichen Parteien im nationalen Block den Ultramontanismus aus der ihm nicht gebührenden parlamentarischen Vorherrschaft zu verdrängen. Auch wenn dieser Versuch an dem alten Erbübel der Deutschen, ihrer Uneinigkeit und Rechthaberei gescheitert ist, bleibt er doch für alle Zukunft vorbildlich als die erwünschte Möglichkeit, unser nationales Leben von dem Druck des Ultramontanismus zu befreien. Die lauernde Geschäftigkeit der Zentrumsmannen, bei Gelegenheit der Reichsfinanzreform die zerrissenen Verbindungsfäden mit der konservativen Partei wieder anzuknüpfen, hat zur Genüge gezeigt, daß jene nichts mehr fürchten als die politische Isolierung.

Wird nun das mit dem Blockgedanken gegebene Einigungsideal der nationalen Parteien jetzt nach dem erstmaligen Scheitern erst recht das Ziel aller wahrhaft nationalen Politik, so erhebt sich die Frage, ob nicht auch von unsern protestantischen Grundanschauungen aus hierfür Richtlinien gewonnen und Wege gefunden werden können zum Heil unsres geliebten deutschen Vaterlandes. Man lehne nur nicht diese Frage sogleich mit der bekannten Phrase ab, Religion und Politik hätten nichts miteinander zu tun. Ist ja doch, wie uns Richard Rothe gelehrt hat, das Christentum in der Reformation aus dem kirchlichen Stadium in sein sittliches, d. i. sein politisches Lebensalter eingetreten, und strebt nun dahin, den Gesamtorganismus des menschlichen Lebens, den Staat zu seinem Organismus zu machen.

In seiner Einwirkung auf das öffentliche Leben hat nun allerdings der Calvinismus das Luthertum weit überholt. Wir tun unserm Luther damit wahrlich kein Unrecht, wenn wir Calvin und der von ihm ausgegangenen Geistesbewegung auf einem Gebiet die Palme reichen, auf dem sie ihnen gebührt. Luther bleibt der Größere in der heldenmütigen Initiative, mit der er den weltgeschichtlichen Bruch vollzogen hat. In seiner Seele mehr als in Calvins Seele ist der bange Streit durchgekämpft worden, der das christliche Gewissen von würdeloser Knechtung frei gemacht hat. Aber wir geben Abraham Kuyper recht: wenn man fragt, wer das reformatorische Prinzip am schärfsten gefaßt, am vielseitigsten ausgearbeitet und am weitesten anwendbar gemacht hat, dann weist uns die Geschichte — auf den Denker von Genf und nicht auf den Gemütshelden von Wittenberg. Sein Gottesstaat in Genf ist, wenn auch auf kleinem Gebiet, der grandiose Versuch, mit dem religiösen Grundprinzip „alles zur Ehre Gottes" im bürgerlichen und sozialen Leben vollen Ernst zu machen. „Dieser eiserne Wille", sagt ein englischer Beurteiler, „diese

Unerbittlichkeit, diese bedingungslose Entscheidung, welche Genf unterjochte . . . das waren die Mittel, durch welche in dem kleinen Erdenwinkel eine Summe von moralischen Kräften konzentriert wurde, hinreichend, die Reformation zu retten. An diesem Felsen brachen sich die Wogen der politischen und kirchlichen Reaktion. Genf wird zu einer Pflanzschule von Märtyrern. Von spartanischer Disziplin durchtränkt, suchen sie die Gefahr auf, wo sie sie finden und verbreiten in den maßgebenden Nationen nicht bloß die Gedanken, sondern den Geist ihres Meisters. Sie entfalten eine Tat- und Widerstandskraft, wie das Christentum sie seit den Zeiten der Verfolgung nicht mehr gekannt hatte.“ [1]) In der Tat, der calvinistische und der lutherische Typus der Reformation zeigen ein sehr verschiedenes Bild des Einflusses auf das öffentliche Leben. Das Luthertum bringt es nicht weiter als zum Landeskirchentum. Unter obrigkeitlichem Schutz, unter der Kirchenhoheit der Fürsten und Magistrate werden die lutherischen Kirchen religiöse Volkserziehungsinstitute, deren Bedeutung für unser Volksleben nicht hoch genug anzuschlagen ist. Verdanken wir ihnen doch nichts Geringeres als unsre einheitliche Sprache, unsre Volksschule, unsre Kirchenmusik und Kirchenpoesie, die Erhaltung unsres Volkstums im dreißigjährigen Krieg. [2]) Aber die staatliche Gebundenheit hat den lutherischen Kirchen über ihre erziehliche Wirkung hinaus eine weitere Bedeutung nicht gestattet. Das Luthertum ist kirchlich und theologisch geblieben, dagegen hat der Calvinismus in und außer der Kirche seinen Stempel auf alle Äußerungen des menschlichen Lebens gedrückt. Die Männer der englischen Revolutionskirchen und die Begründer der englischen Kolonien in Nordamerika, in denen zuerst der große Gedanke der religiösen Toleranz gesetzliche Verwirklichung fand, waren zwar gewiß nicht mehr Calvinisten im ursprünglichen Sinne, sie haben entscheidende Anregungen von dem Täufertum des 16. Jahrhunderts empfangen. Aber ohne Calvin und den Einfluß seines Geistes sind sie nicht zu denken. Und von welcher politischen Wirkung sind Charaktergestalten wie Coligny und Wilhelm von Oranien, Cromwell und Milton gewesen! Dieser Geist hat den Völkern Europas sowohl wie Amerikas zu einer freien Entwicklung verholfen, zu der es doch unter der politischen Vorherrschaft der römisch-konservativen Habsburger, der Bourbonen und der Stuarts niemals gekommen wäre.

Es kann nun den Söhnen und Erben der Reformation und ihres Glaubensgeistes keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die politische Aktionsfähigkeit des Protestantismus nicht der Ruhm seiner Vergangenheit bleiben darf, daß er auch in Gegenwart und Zukunft das öffentliche Leben mit seinem Geiste zu durchdringen hat. Es würde ja auch geradezu einer Bankrotterklärung des Protestantismus gleichkommen, wollte er das öffentliche, staatliche Leben kampflos dem immer aggressiver vordringenden Romanismus überlassen und sich resigniert auf ein kirchliches Stilleben beschränken. Es wäre damit auch dem Staate

---

1) Der Protestantismus am Ende des XIX. Jahrhunderts, Bd. I, S. 114, 115.

2) Siehe Sell, Katholizismus und Protestantismus, S. 194 ff.

selbst nicht gedient. Denn in dem Maße, als der Geist des Protestantismus nicht mehr im öffentlichen Leben wirksam wäre, würde die Abhängigkeit unsrer Regierungsorgane von dem Ultramontanismus wachsen. Man sage nicht, daß das nur ein künstlich heraufbeschworenes Schreckgespenst sei. Die Erfahrungen, die wir unter dem neuen Kurs gemacht haben, ehe der 13. Dezember 1906 die Befreiung unsrer Staatsgewalt aus der ultramontanen Umklammerung brachte, haben uns nur zu sehr die Gefahren gezeigt, die hier drohen; und wenn es scheint, als hätten viele bereits vergessen, in welch bedenkliche Abhängigkeit die Regierung von einer mächtigen Partei geraten kann, so möchte ich hinweisen auf Fichtes Warnung:[1]) „Wer sich ohne Aufmerksamkeit auf sich selbst gehen läßt und von den Umständen sich gestalten, wie sie wollen, der gewöhnt sich bald an jede mögliche Ordnung. Auf diese Weise gewöhnt man sich sogar an Sklaverei, wenn nur unsre sinnliche Fortdauer dabei ungekränkt bleibt, und gewinnt sie mit der Zeit lieb. Und dies ist eben das Gefährlichste an der Unterworfenheit, daß sie für alle wahre Ehre abstumpft und sodann ihre sehr erfreuliche Seite hat für den Trägen, in dem sie ihn mancher Sorge und manchen Selbstdenkens überhebt."

Die moderne Staatsgewalt ist es ihrer Selbstachtung und Selbsterhaltung schuldig, daß sie nie aufhört, in dem vom Geist des Syllabus inspirierten Ultramontanismus ihren Feind zu wittern, daß sie zudem nie vergißt, daß der moderne Staat nicht entstanden wäre ohne die durch die Reformation hervorgerufenen Umwälzungen, und daß er in protestantischer Welt- und Lebensanschauung seine stärksten Wurzeln hat.

Der moderne Staat ist, wie uns Professor D. Sell in seinem Buche „Katholizismus und Protestantismus" belehrt, nur dadurch möglich geworden, daß durch die Reformation die bis dahin herrschenden katholischen Begriffe aus der Politik entfernt worden sind. Auch hier ist die Entwicklung allerdings erst allmählich vor sich gegangen. Als Konfessionsstaaten zeigen auch die protestantischen Länder zunächst den engherzigen Geist des mittelalterlichen Kirchenstaates. Religionsfreiheit ist ihnen noch lange Zeit ein fremder Begriff. Aber es lag in der Konsequenz der reformatorischen Grundgedanken nicht nur, sondern auch des sittlichen Geistes des Protestantismus, daß sich unter seiner Einwirkung aus dem Bekenntnisstaat der moderne, nationale Verfassungsstaat bildete. Wenn die Attribute der Souveränität und der Parität für das Wesen des modernen Staates bezeichnend sind, so liegt auf der Hand, daß solch eine staatliche Entwicklung nur da möglich war, wo man die weltliche Obrigkeit als eine selbständige göttliche Einrichtung neben der Kirche wertete, und wo man als die höchste und allein entscheidende Instanz für die Wahrheit der Religion nicht das Lehramt der Kirche, sondern das persönliche, in Gottes Wort gebundene Gewissen des Frommen betrachtete. „Die ganze Geschichte

---

1) Joh. Gottl. Fichte, Reden an die deutsche Nation, Reclamsche Ausgabe S. 197.

des alten Protestantismus, schreibt Prof. Sell,[1]) zeigt, daß dort ein eigentümlich näheres Verhältnis zwischen der Religion und allen Faktoren des staatlichen Lebens schon einfach deswegen entstehen mußte, weil da keine selbständige, über den Staat erhabene Kirche eine Rolle spielte, sondern Staat und Kirche für das Volksbewußtsein ein untrennbares Ganzes bildeten. Es war eben einfach mehr Platz da für die Entfaltung einer pietätvollen Staatsgesinnung, für eine mit religiöser Andacht verbundene Verehrung für Fürst, Obrigkeit und Gesetz, es war mehr Herz und Liebe zu Vaterland und Heimat vorhanden, weil keine selbständige übernationale Kirche mit diesen Interessen konkurrierte."

Das Bewußtsein der Wesensverwandtschaft des nationalen Staates mit dem Geiste des Protestantismus hat von seiten der Träger der Staatsgewalt je und dann einen überzeugenden Ausdruck erhalten. Kein Geringerer als der größte deutsche Staatsmann, Fürst Bismarck, hat diesem national-protestantischen Bewußtsein denkwürdige Worte verliehen, so wenn er in Jena den Ausspruch tat „ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums".[2]) Aber noch viel wertvoller als dieser gelegentliche Ausspruch des berufensten Interpreten moderner Staatsgewalt ist uns jene Erklärung Bismarcks an offizieller Stelle, als er am 14. April 1875 im Herrenhause auf das evangelische Zeugnis eines konservativen Abgeordneten erwiderte:[3]) „Ich kann mir nicht versagen, den Ausdruck herzlicher Freude darüber laut werden zu lassen, daß ich endlich einmal von der konservativen Seite dieses Hauses ein freies, fröhliches Bekenntnis zu unserm Evangelium der Reformation gehört habe. Wenn mir damals (d. i. im Kulturkampfe) die Evangelisch-Konservativen im Sinne des protestantischen Evangeliums treu zur Seite gestanden hätten, wenn es eine Mehrheit unter ihnen gegeben hätte, die den Ausdruck und den Gedanken vertreten hätte, daß uns unser Evangelium, unsere durch das Papsttum bedrohte und gefährdete Seligkeit höher steht als eine augenblickliche politische Opposition gegen die Regierung — die Herren, ich nenne sie nicht, aber ich klage sie an, sie haben der Politik das Evangelium untergeordnet." Im Verlauf derselben Sitzung wies Bismarck noch nachdrücklich darauf hin, daß der Papst ein Feind des Evangeliums und infolge davon ein Feind des bestehenden preußischen Staates sei.

Es liegt auf der Hand, daß solche staatsmännischen Bekenntnisse nur seltene sein können, daß gerade der paritätische Charakter der modernen Staatsgewalt ihre Träger zwingt, auf die religiösen Empfindungen der Staatsbürger weitestgehend Rücksicht zu nehmen. Aber weil jener Bismarcksche Ausspruch gleichsam die Entladung von Spannungen ist, hervorgerufen durch den Widerstreit des nationalen Gedankens mit dem internationalen Ultramontanismus, ist er uns wertvoll für die Tatsache, daß der moderne Staat des protestantischen Geistes nicht entraten kann und eine machtvolle Geltendmachung dieses Geistes im öffentlichen, im staatlichen Leben geradezu fordert.

---

1) Sell, Katholizismus und Protestantismus, S. 202.
2) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1892, S. 138.
3) C. Mirbt, Die preuß. Gesandtschaft am Hofe des Papstes, S. 38.

Und wie er solche Geltendmachung protestantischen Geistes wünschen muß, so liegt andererseits die Erhaltung, Stärkung und Förderung des nationalen Staates im Interesse des Protestantismus, während das Ziel kurialer Politik, wie der Syllabus es ganz offen dartut, die Vernichtung des modernen Staates ist. Die Unabhängigkeit des Staates von jeder kirchlichen Behörde ist das notwendige Korrelat zu den protestantischen Grundgütern der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Diese sind schlechterdings nur unter dem Schutze eines solchen völlig unabhängigen, souveränen Staatswesens zu bewahren. Darum hat eine protestantisch orientierte Politik eifersüchtig darüber zu wachen, daß die Unabhängigkeit des Staates keine Einbuße erleide, daß nicht eine schwächliche Regierung Augenblickserfolgen zuliebe sich gegen ultramontane Ansprüche nachgiebig zeige. Aber die Selbständigkeit, die der Protestantismus im Gegensatze zum Kurialismus für den modernen Staat beansprucht, schließt nicht aus, daß wir ihm sittliche Aufgaben und Ziele stellen, ja sie fordert dies. Die machiavellistische Ansicht, als sei der Staat rein um seiner selbst willen da, als gäbe es für den Fürsten kein anderes Gesetz seines Handelns als Erhaltung und Steigerung seiner Macht, ist durch die Wirklichkeit des modernen Staates widerlegt. „Solange ein Staat um die Grundlagen seiner Existenz kämpft", schreibt Tröltsch in seiner Abhandlung,[1] „ist der Machtgedanke der Allesbeherrschende. Ist die Macht errungen, so ist neben der Sorge um ihre Erhaltung und Befestigung doch auch immer die Frage, wozu ein machtvoller Staat dient, und wie er diese Macht gebrauchen soll. Der Staat hat für uns nur dann Wert und Interesse, wenn er zugleich mit den wirtschaftlichen Gütern auch die Güter des geistigen Lebens schützt, fördert und verwaltet. Unsre Gedanken und Ideale müssen dem Staate seinen letzten Sinn und Wert geben." So entspricht es unseren protestantischen Grundüberzeugungen, die staatliche Macht in den Dienst sittlicher Ideen zu stellen. Soweit das bereits Wirklichkeit geworden ist, sehen wir darin eine Politik, der wir gerade als Protestanten freudig zustimmen müssen, so wenn der moderne Staat durch seine Schulen seine erziehlichen Aufgaben an seinen Untertanen erfüllt, wenn er durch seine Gesetzgebung den wirtschaftlich Schwachen gegen Ausbeutung und Verelendung schützt, wenn er die sozialen Gegensätze auszugleichen sucht durch erhöhte Ansprüche an die öffentlichen Leistungen des Besitzes, wenn er in Rechtsprechung und sozialer Fürsorge und nicht zuletzt in der Unterstützung aller auf die Veredlung der Geister gerichteten Bestrebungen sittliche Grundsätze zur Geltung bringt. So vieles hier auf staatlichem Gebiet schon geschehen ist, wir können als Protestanten nur wünschen, daß der Staat auf den betretenen Bahnen immer selbständiger vorgehe und immer kühner fortschreite. Da wir unsere Kirche nicht in Konkurrenz zu ihm stellen, kann uns auch nicht kleinliche Eifersucht veranlassen, die Aufgaben des Staates gegen die Tätigkeitsgebiete der Kirche allzu ängstlich abzugrenzen.

---

1) Verhandlungen des evang.-soz. Kongresses 1904, S. 15.

Ist nun die Freiheit des Staates von jeder anderen Macht die Bedingung seiner Selbsterhaltung, so werden wir als Protestanten auch vom Staate den Schutz der Freiheit für die Entwicklung alles geistigen und kulturellen Lebens fordern. Hier liegen um so dringendere Aufgaben vor, als reaktionäre Strömungen immer wieder versuchen, mit Hilfe der Staatsgewalt den Fortschritt zu hemmen und sich im sicheren Besitz der Macht zu erhalten. Es muß grundsätzlich der Standpunkt überwunden werden, als wenn die konservierenden Mächte die allein staatserhaltenden Mächte seien, und als wenn das freie Spiel der Geister in Wissenschaft und Religion die Grundlagen des Staatslebens untergrabe. Einigung und Versöhnung einer mehr konservativen und einer mehr fortschrittlichen Richtung im nationalen Gedanken ist deshalb ein nie mehr aufzugebendes Ziel einer nationalen Politik und ist auch der einzige Weg, um Auswüchse dieses oder jenes Prinzips zum Schaden des Volksganzen zu verhindern.

Wenn wir so im allgemeinen umschreiben, wieso unsere protestantischen Grundüberzeugungen und die Motive unseres staatsbürgerlichen Handelns zusammengehören, dann wissen wir zugleich, daß wir damit an den Grenzen unserer Aufgabe stehen. Wir können vom protestantischen Boden aus weder irgend eine Staats- und Regierungsform postulieren, noch auch bestimmte wirtschaftliche Programme aufstellen. Die Verfassungsformen des modernen Staates sind ja auch, je nachdem wir uns auf reformiertem oder auf lutherischem Boden befinden, sehr verschieden, dort überwiegend der Republikanismus, hier der Monarchismus.

Schwieriger nun als die Frage nach den aus protestantischer Weltanschauung sich ergebenden Zielen einer nationalen Politik ist die Frage, wie diese Ziele praktisch zu erreichen sind, wie diese politischen Ideale zu einer, das ganze Volksleben durchdringenden Macht werden können. Aber wie sehr hier Ideal und Wirklichkeit auseinanderklaffen, dem gibt der Frankfurter Pfarrer Julius Werner in seiner Abhandlung „Der deutsche Protestantismus und das öffentliche Leben" einen ebenso kurzen wie vielsagenden Ausdruck gleich in dem ersten Satze: „im Geistesleben ist der deutsche Protestantismus großmächtig, in der Politik ohnmächtig." Wie kann dieses furchtbare Mißverhältnis beseitigt, wie kann der Protestantismus im öffentlichen Leben die seiner inneren Bedeutung entsprechende äußere Stellung gewinnen? Das ist die gewaltige Frage, mit der wir uns immer wieder zu beschäftigen haben. Viel klarer als das, was zu tun ist, erscheint uns das, was nicht zu tun ist. Darin stimmen wir wohl überein, daß wir die Lösung der Frage nicht auf kirchenpolitischem Gebiete zu suchen haben, da die Trennung von Staat und Kirche und die Schaffung einer Freikirche das politische Problem statt zu lösen nur noch verschärfen würde. Auch kann uns nichts ferner liegen, als den Protestantismus in gleicher Weise parteipolitisch zu organisieren, wie es der Katholizismus im Zentrum getan hat, denn wir würden damit nicht nur der römischen Art der Verquickung von Religion und Politik recht geben, sondern auch unsre protestantischen Grundsätze verleugnen.

So scheint es also wirklich, als kämen wir auf diesem Gebiet nicht

weiter, als bisher angedeutet. Aber eine geistige Macht wie der Protestantismus, von der geurteilt werden muß, daß sie im Geistesleben großmächtig sei, hat wirklich keinen Grund, einem politischen Pessimismus zu verfallen. Wenn sie auch nicht in politischen Parteibildungen und Programmen einen äußeren, machtvollen Rückhalt hat, was sind am Ende politische Programme und Parteibildungen? „Sie sind", sagt Erich Foerster,[1]) „wie Blätter, die der Wind verweht, sie altern wie ein Kleid." Auch wenn man Bedeutung und Dauer politischer Organisationen nicht so gering einschätzt, muß man sagen: Ausschlaggebend für das politische Leben bleiben, auch im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts und der politischen Bedeutung der Masse, politisch wirklich gebildete Persönlichkeiten, und wenn uns Bismarck in seiner grandiosen Weise gezeigt hat, daß alle Macht des Demos an dem intellektuellen und moralischen Übergewicht einer einzelnen Person ihren Herrn findet, so gewinnen wir daraus für unsre Frage die Lehre, daß es für den Protestantismus auch wertvoller ist, er erfülle politisch tätige Männer mit seinem Geist, als daß er eine Partei nach Art des Zentrums gründe, was doch mit seinen Grundsätzen nicht vereinbar wäre.

So stellt sich vor uns und unsre Frage der große Gedanke der Erziehung als die einzige, dem innersten Wesen des Protestantismus entsprechende Möglichkeit, im öffentlichen Leben Einfluß zu gewinnen. Darin hat auch Fichte sich einst als ein protestantischer Charakter offenbart, als er in seinen Reden an die deutsche Nation von dem Geiste der Erziehung und von nichts anderem die nationale Wiedergeburt seines Volkes erwartete. Und ist's nicht auch Fichtescher Geist, wenn neuerdings die Befreiung unsres Volkstums aus den Ketten eines verderblichen Parteiwesens von einer besseren staatsbürgerlichen Erziehung unsrer deutschen Jugend erwartet wird? [2]) Eine evangelische Erziehung kann niemals nur eine religiöse oder kirchliche sein, sondern muß auch eine vaterländische sein. Hier liegt der tiefe Gegensatz von protestantischem und katholischem Erziehungsgeist. Der katholische Christ wird, wofern er wirklich ein gehorsamer und treuergebener Sohn seiner Kirche ist, das irdische Vaterland, wie Prof. Sell treffend sagt,[3]) immer nur wie einen Wartesaal auf der Reise zum Himmel ansehen. Dem evangelischen Christen ist dagegen das Vaterland der natürliche Boden, auf dem er mit den ihm von Gott gegebenen Kräften arbeitend und dienend zum Kinde Gottes und zum Bürger des himmlischen Vaterlandes heranreift. Die vom Ultramontanismus oftmals bespöttelte Vaterlandsliebe des evangelischen Christen ist ein Stück seiner Religion. Wir werden es Fichte [4]) nie vergessen, wie er die Liebe zum Vaterlande direkt in Zusammenhang brachte mit dem religiösen Gedanken des ewigen Lebens. „Die Liebe, die wahrhaftige Liebe ist und nicht bloß eine vorübergehende

1) D. E. Foerster, „Christentum und Politik" und „Darf die Religion Privatsache bleiben?" 1909.

2) Vgl. die Bestrebungen des Regierungsrates Dr. Regenborn in Düsseldorf.

3) Sell, Kath. u. Protest., S. 220.

4) Fichte, Reden, S. 130.

Begehrlichkeit, haftet nie auf Vergänglichem, sondern sie erwacht und entzündet sich und ruht allein in dem Ewigen. Nicht einmal sich selbst vermag der Mensch zu lieben, es sei denn, daß er sich als Ewiges erfasse. Wer zwar vielleicht sein unsichtbares Leben, nicht aber eben also sein sichtbares Leben als ewig erblickt, der mag wohl einen Himmel haben und in diesem sein Vaterland, aber hienieden hat er kein Vaterland, denn auch dieses wird nur unter dem Bilde der Ewigkeit, und zwar der sichtbaren und versinnlichten Ewigkeit, erblickt, und er vermag daher auch nicht sein Vaterland zu lieben."

Eine solch tief begründete Vaterlandsliebe zu pflegen ist ein wesentliches Stück protestantischer Erziehung. Diese Erziehungsarbeit hat im deutsch-evangelischen Hause zu beginnen und hat sich in das öffentliche Leben hinein fortzusetzen. Der evangelische Mann darf sein Leben lang nicht ohne das Bewußtsein bleiben, daß der Geist einer protestantisch-nationalen Erziehung beständig hinter ihm steht und sein politisches Handeln kontrolliert. Ja es muß dahin kommen, daß jede Verleugnung protestantisch-nationaler Grundsätze im politischen Leben sofort eine starke Reaktion des idealen Prinzips hervorruft. Das gilt ganz besonders von dem Parteiwesen. Hier haben der wirtschaftliche Egoismus und der Parteipapismus eine derartige Entwicklung genommen, daß man nach dem idealen Leitmotiv des nationalen Gedankens oft vergeblich suchen muß. Wenn das je in besorgniserregender Weise in die Erscheinung getreten ist, dann in der Art, wie eine der wichtigsten vaterländischen Angelegenheiten seit Gründung des Deutschen Reiches, die Reichsfinanzreform, behandelt worden ist. Keine Frage brennt uns zurzeit mehr auf der Seele, als wie dem unseligen Parteienhader, in dem sich ein gut Teil unsrer nationalen Kraft verzehrt, ein Ende bereitet werden kann. Männer wie Karl Lamprecht und Gustav Schmoller entwarfen Programme einer neuen politischen Blockzukunft; aber Programme helfen hier nicht. Es leuchtet uns der neue Tag nur im Morgensonnenglanz einer Wiedererweckung des protestantisch-nationalen Geistes.

Und hierbei haben alle Organisationen und Werkzeuge des Protestantismus mitzuwirken, die Kirche und die Schule und vor allem die auf evangelischem Boden stehenden freien Vereinigungen. Unsre evangelische Kirche mag ihrem historisch gewordenen Charakter, religiöse Erziehungsanstalt zu sein, treu bleiben. Wir wollen sie nicht in den politischen Tageskampf hineinziehen. Aber eben als religiöse Erziehungsanstalt hat sie den großen Gedanken des Vaterlandes tief in die Herzen unsres Volkes hineinzuprägen. Sie hat gleichsam einen nationalen Vorbereitungsdienst zu leisten schon in der kirchlichen Jugendunterweisung, wenn sie dem Kinde das Vaterland lieb zu machen sucht als herrliche Gabe Gottes. Und hat hier nicht eine noch weitergehende Aufgabe die Schule in ihrem Religions- und Geschichtsunterricht? Man komme uns nicht immer mit den Bedenken, die Schule müsse gegen die Gefahr eines politischen Mißbrauches der Lehrenden geschützt werden. Abusus non tollit usum. Erwarten wir von unsren Lehrern, daß sie überzeugte Anhänger des modernen

Staatsgedankens sind, dann muß ihnen auch die volle Freiheit gewährt werden, je nach Temperament und Neigung ihre Schüler für dieses nationale Ideal zu begeistern, es sei im Religions- oder im deutschen oder im Geschichts-Unterricht. Gefordert werden muß vom Staate, daß er den nationalen Jugendbildner gegen ultramontane Spionage schützt und ihn ungehindert seinen nationalen Dienst an der heranwachsenden Jugend ausführen läßt.

Erziehung ist mehr als Aufklärung, und doch kommt eine Erziehung ohne Aufklärung nicht zu ihrem Ziel. Vielleicht hat die mangelnde Aufklärung unsres protestantischen Volksteiles mit schuld an der so verfahrenen politischen Lage. Tatsache ist, daß weite Kreise unsres evangelischen Volkes die politische Gefahr des Ultramontanismus gar nicht kennen, daß sie von Roms Schläue sich immer wieder überlisten lassen. Es ist von dem Bonner Historiker Prof. Ritter von Schulte einmal darauf hingewiesen worden, daß die diplomatische Niederlage unsrer Regierung in ihren Verhandlungen mit der Kurie zum großen Teile auf das Konto mangelnder Kenntnis des Kurialismus bei ihren protestantischen Geschäftsträgern zu setzen sei. Wenn nun unsrer Regierung der Scharfblick in das römische Herz oft genug gefehlt hat, können wir uns wundern, wenn er unsern ostelbischen Mitbürgern vielfach bis zu dem Grade fehlt, daß sie im Kampfe für Christentum und Monarchie das Zentrum immer wieder als ihren natürlichen Bundesgenossen betrachten? Jedenfalls bedeutet für diese Kreise unsres Volkes die von uns geforderte Erziehungsarbeit im wesentlichen Aufklärungsarbeit, eine Aufgabe, die um so notwendiger ist, als diesen Kreisen die Kenntnis des unversöhnlichen Katholizismus aus der täglichen Berührung mit ihm fehlt. Die Hauptarbeit nun in der Erziehung unsres protestantischen Volkes zu einer nationalen Politik wird von den freien Vereinigungen zu geschehen haben, in denen das vielseitige kirchliche, soziale, kulturelle und geistige Leben des Protestantismus sich ein Werkzeug seiner Betätigung geschaffen hat. Welch reiche Gelegenheit bieten uns die Fest- und Familienabende unsres evangelischen Vereinslebens, erziehlich auch auf das nationale Bewußtsein unseres Volkes einzuwirken! Es ist doch heute so, daß der Strom evangelischen Geistes oft mächtiger durch die populären Veranstaltungen unsres Vereinswesens rauscht als durch die Kirchenhallen selbst. Es wird heute keine evangelische Gemeinde mehr sein, in der nicht wenigstens zweimal im Jahre die Gemeindeglieder an festlichen Abenden um das reformatorische und um das patriotische Banner geschart werden. Für mich sind allemal der Reformations- und der Kaisergeburtstags-Familienabend zwei Höhepunkte in meiner Gemeindearbeit, Höhepunkte nicht nur, weil die Tendenzen dieser Abende immer eine besondere Zugkraft ausüben, sondern auch, weil sich der Segen solcher Veranstaltungen in einer Belebung des protestantischen wie nationalen Bewußtseins unsrer Gemeindeglieder dokumentiert.

Wenn wir nun aber die Frage aufwerfen, von welcher Stelle aus der Geist einer protestantisch-nationalen Politik auf das öffentliche Leben einzuwirken habe, so kann das nur von einer Vereinigung aus geschehen, in der

das gesamte protestantische Leben sich als religiöse und nationale Macht gleichsam zusammenfaßt. Und als eine solche Vereinigung stellt sich uns der Evangelische Bund vor Augen. Als ein Bund zum Schutze der deutsch-protestantischen Interessen hat er zugleich die Aufgabe, staatsbürgerliche Gesinnung im höchsten Sinne des Wortes zu pflegen. Nicht als wenn der Evangelische Bund jemals in das eigentliche Parteileben eingegriffen hätte, nicht als wenn er auch nur einmal den Versuch gemacht hätte, konfessionelle Parteipolitik zu treiben und gar selbst parteibildend aufzutreten. Die ihm eine derartige Tendenz nachgesagt haben, haben ihn ganz offenkundig verkannt. Aber das ist allerdings ein Hauptziel der Bundesarbeit von jeher gewesen, den die nationale Wohlfahrt gefährdenden Geist eines politischen Konfessionalismus, wie er im Ultramontanismus in die Erscheinung getreten ist, aufs nachdrücklichste zu bekämpfen und der Auffassung Geltung zu verschaffen, daß alle wahrhaft nationale Politik auf dem Boden der Nation und nicht der Konfession zu geschehen habe. Gegen eine nicht mit Politik verquickte Religiosität kämpfen wir nicht. Stets ist in den Kreisen des Bundes der religiöse Katholizismus als eine geschichtlich gewordene Erscheinungsform des Christentums anerkannt, und gefordert worden, den Wettkampf zwischen den beiden Konfessionen nicht mit politischen Machtmitteln, sondern mit den Gaben des Geistes und den Werken der Liebe zu führen. Da aber der machthungrige Klerikalismus für diese Art eines rein geistigen Wettkampfes niemals ein Verständnis gezeigt, vielmehr rücksichtslos, und sei es selbst durch Unterstützung der Sozialdemokratie, nach der politischen Vorherrschaft die Hände ausgestreckt hat, bedurfte es jener umfassenden Gegenwehr des Evangelischen Bundes, der durch seine aufklärende und sammelnde Tätigkeit nicht den Protestantismus gegen den Katholizismus, sondern den durch die Reformation gekräftigten deutschen Nationalsinn gegen den internationalen Klerikalismus mobil machte. Durch diese seine im höchsten Sinne des Wortes dem Staate dienende Tätigkeit hat der Evangelische Bund sich ein nationales Verdienst erworben, denn er stärkte durch seine Bestrebungen nicht nur die Grundlagen des modernen Staatswesens, sondern wirkte auch im Sinne des konfessionellen Friedens, indem er das Haupthindernis eines echten Friedens zwischen den Konfessionen und zugleich die tiefste Ursache des dauernden konfessionellen Kriegszustandes, die politische Vorherrschaft des Ultramontanismus zu beseitigen suchte. Mehr denn vielleicht je bedarf es heute um der Gesundung unsrer innerpolitischen Verhältnisse willen einer Vereinigung wie der des Evangelischen Bundes, die „als eine Gesinnungsgenossenschaft im öffentlichen Leben und nicht in parteipolitischer Organisation durch das Wirken ihrer Mitglieder die Gemeinbürgerschaft aller nationalgesinnten Parteien wider die klerikale Gefahr vertiefen und verstärken hilft und es hindert, daß deutsche protestantische Politiker eines wirtschaftlichen Linsengerichts wegen das Erstgeburtsrecht einer treuen protestantischen und evangelischen Gesinnung verkaufen“.[1]) In dem Maße, als die Reihen des Bundes sich stärken und

1) Jahresüberblick 1907 in Worms von Lic. Everling S. 7.

aus allen nationalen Parteien die Mitglieder sich mehren, die auf der großen gemeinsamen national-protestantischen Basis der Bundesarbeit ihrer trennenden wirtschaftlichen Interessen und Gegensätze gerne einmal vergessen, wird der konfessionelle und politische Gesundungsprozeß fortschreiten, den wir für das Wohl unsres deutschen Volkes so sehnlich herbeiwünschen. Aber bis wir zu solchen erträglichen innerpolitischen Zuständen gekommen sind, wird es noch gewaltiger Anstrengungen bedürfen. Eine fortgesetzte Werbetätigkeit durch Presse und Vereinsgründungen wird auch weiter wie bisher dafür Sorge zu tragen haben, daß der jede Einwirkung aufs öffentliche Leben so erschwerende hyperindividualistische Zug im Protestantismus überwunden werde durch die Erkenntnis, daß auch die idealen Güter den Kurs ihrer öffentlichen Geltung dem Umfange ihrer organisierten Macht verdanken. Der Ultramontanismus wird abrüsten, aber nicht eher, als bis er den Protestantismus, über dessen Selbstauflösung unter dem Prinzip der Freiheit er so oft gespottet hat, in eiserner Geschlossenheit seine Güter verteidigen sieht. Für dieses Ziel sind dem Evangelischen Bunde aus seinen Grundsätzen heraus klare Wege vorgezeichnet. Dem religiösen und kirchlichen Zwang, mit dem der Ultramontanismus die Massen der Gläubigen in seine politischen Hürden zu treiben sucht, stellt er die werbende Macht seiner national-protestantischen Ideale gegenüber, und, er darf es immer wieder erfahren, wo diese einmal gezündet haben, da schaffen sie ein Volk in Waffen von gleicher Zähigkeit und Treue wie jene Zentrumsbataillone, die alljährlich auf den Paraden der Katholikentage unter der Führung ihres Klerus aufmarschieren. Auch wo der Bund bei drohender politischer Gefährdung der deutsch-protestantischen Interessen seine Stimme geltend zu machen hat, will er doch nichts anderes als protestantischen und nationalen Gemeinsinn stärken, gegebenenfalls durch öffentliche Kundgebungen. Dadurch mag er je und dann den leider noch viel zu vielen als Störenfried verdächtigt sein, die den römischen Friedensschalmeien zu gerne lauschen und nichts ahnen von den Schleichwegen, auf denen der Ultramontanismus stets seine größten politischen Erfolge errungen hat. Aber die ehrliche, klare und tapfere Art, mit der der Evangelische Bund als der Gewissensrat unsres protestantisch-deutschen Volkes oft seine Stimme in der Öffentlichkeit geltend gemacht hat, hat nicht nur — ich erinnere nur an den Toleranzantrag, das Vereinsgesetz u. a., die verborgenen Ziele ultramontaner Politik aufgedeckt, sondern auch zur Klärung trüber politischer Situationen beigetragen. Kundgebungen wie die zur Reichsfinanzreform werden auch künftig nicht nur das gute Recht, sondern auch die ganz selbstverständlichen Lebensäußerungen eines Bundes sein, der die deutschen protestantischen Interessen am besten gewahrt weiß, wenn „die Politik des Reiches ohne falsche Rücksicht auf klerikale Machtbestrebungen in echtem nationalen Geist zum Segen des gesamten Vaterlandes getrieben wird“.[1])

Über solche teils warnenden, teils richtunggebenden Bekundungen protestantischen Geistes im Dienste einer nationalen Politik hinaus kann die höchste Aufgabe des Evangelischen Bundes auf diesem Gebiet keine andere sein als

---

1) Lic. Everling in gen. Jahresüberblick S. 8.

die, gleichsam die geistige Atmosphäre mitschaffen zu helfen, in der Politiker von starkem nationalen Geist und tiefgegründeter protestantischer Überzeugung heranreifen. Steht an der Schwelle der neuen Zeit der deutschen Geschichte die wuchtige Heldengestalt unsres D. Martin Luther mit ihrer vorbildlichen Vermählung von Deutschtum und Christentum, schauen wir an der anderen großen Charaktergestalt unsres Volkes, dem Fürsten Bismarck, die gleiche wuchtige Verkörperung germanischen und protestantischen Geistes, nun, was kann auch ferner ein nationaler Protestantismus politisch unsrem Volke Größeres leisten, als wenn er Männer ins politische Leben hineinschickt, die dem Maßstabe des Fichteschen Wortes gewachsen sind: „Charakter haben und deutsch sein ist gleichbedeutend!“ Parteien mögen im politischen Kampf und angesichts der so verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen eines Volkes nötig sein, nötiger aber sind für das Gemeinwohl Männer, die weiter blicken als ihre Partei, die über den immer begrenzten Interessen der Partei ein Auge behalten für das, was dem ganzen Volke dienlich ist. Erich Foerster weist im Zusammenhang seiner Ausführungen über den Wert politischer Programme auf Bismarck hin, wenn er schreibt:[1]) „Bismarck trat die Regierung an mit einem ganz engen, rückständigen Programm, und doch wurde er der Schöpfer der deutschen Einheit und der einzigen, längeren fruchtbaren Periode freiheitlicher Gesetzgebung in der neueren deutschen Geschichte. Er war eben als Mann viel größer als sein Parteiprogramm. Die persönliche Größe — das ist schließlich doch die treibende Kraft der Geschichte.“ Was hier von dem größten Staatsmanne gesagt ist, das gilt in entsprechender Weise von jedem, der zu politischem Handeln berufen ist. Nicht die Zugehörigkeit zu einer Partei, nicht das Eingeschworensein auf eine Parteidoktrin qualifiziert zu politischer Mitarbeit, sondern die persönliche Größe eines lauteren, echt deutschen Charakters. Gegenüber den nivellierenden Einflüssen des Fraktionswesens, die selbst im katholischen Lager zu scharfen Urteilen über den politischen Bildungsgrad der Zentrumsabgeordneten geführt haben, muß die Forderung immer nachdrücklicher erhoben werden, daß von uns Protestanten in die Parlamente möglichst Männer hineingesandt werden, deren nationale Denkweise in den Tiefen eines protestantisch-deutschen Charakters verankert ist. Wenn so die persönliche Tüchtigkeit zum politischen Kriterium gemacht wird, dann werden wir auch auf der Arena des politischen Lebens einmal häufiger wieder die Genugtuung erleben, jenes stolze, auf dem protestantischen Boden Amerikas gebildete Wort erfüllt zu sehen: „Ein einziger Mann mit Gott ist immer in der Majorität.“

Große Aufgaben hat, wie wir sahen, der Protestantismus im Dienste einer nationalen Politik zu erfüllen. Möge die Zukunft besser noch als die Gegenwart offenbaren, was für segensreiche Dienste ein seiner politischen Bedeutung bewußt gewordener Protestantismus unserem Volke zu leisten vermag! In der Verbindung des nationalen Gedankens mit der Geisteswelt des Protestantismus ruhen nun einmal nach Gottes Willen die starken Wurzeln unsrer Kraft.

---

1) In genannter Abhandlung S. 58.

Leitsätze.

1. Die gegenwärtige politische Situation zwingt zu erneuter ernstlicher Prüfung der Frage, welche Aufgaben dem Protestantismus für das politische Handeln erwachsen.

2. Die Leugnung der Berechtigung dieser Frage würde nicht nur im Widerspruch mit der politischen Vergangenheit des Protestantismus stehen, sondern auch den modernen Staat immer tiefer in die Knechtschaft des Ultramontanismus hineingeraten lassen.

3. Das moderne Staatswesen, hervorgegangen aus den Umwälzungen, die mit der Reformation begannen, ist für seine Existenz darauf angewiesen, daß der Geist des Protestantismus eine starke Macht im kulturellen und politischen Leben unseres Volkes bleibe.

4. Die Erhaltung, Stärkung und Förderung des souveränen, toleranten, an die sittlichen Normen des Christentums gebundenen Rechtsstaates ist das selbstverständliche Ziel für alles aus protestantischen Grundüberzeugungen hervorgehende politische Handeln.

5. Die Aufgaben des Protestantismus im Dienste einer nationalen Politik sind vorwiegend erziehlicher Art. Sie bestehen nicht nur in der so notwendigen nationalen Erziehung der einmal zur Teilnahme am politischen Leben berufenen Jugend, sondern auch, soweit das Parteiwesen in Frage kommt, in einer beständigen Kontrolle des Parteigeistes und in dem nie aufzugebenden Versuch, den Parteiegoismus durch die sittlichen Gedanken des nationalen Protestantismus zu überwinden.

6. Diesen Aufgaben hat der Protestantismus in allen seinen Organisationen zu entsprechen. Die Erziehung zu nationaler Denkweise ist zugleich eine kirchlich-religiöse und eine vaterländische Pflicht und deshalb sowohl bei der kirchlichen Unterweisung wie im Schulunterricht zu berücksichtigen. Die Einwirkung auf den im Parteileben sich kundgebenden politischen Geist bleibt freien Vereinigungen, vor allem dem Evangelischen Bund überlassen, der, je mehr er das ganze, reiche protestantische Leben umschließt, um so rückhaltloser das Recht hat, als der Mund des Protestantismus im nationalen Leben unseres Volkes zu gelten.

7. Die höchste politische Aufgabe des Protestantismus wird stets die bleiben, Männer ins politische Leben hineinzuschicken, die dem Maßstabe des Fichteschen Wortes gewachsen sind: „Charakter haben und deutsch sein ist gleichbedeutend.“

Die Redaktion überläßt die Verantwortung für alle mit Namen erscheinenden Flugschriften den Herren Verfassern.

Die Flugschriften des Evangelischen Bundes erscheinen in Heften; 12 Flugschriften bilden eine Reihe. Man **abonniert** auf die **Reihe** zum **Pränumerationspreise von 2 Mark** in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag in Halle (Saale), Albrechtstr. 38.

Jede Flugschrift ist auch einzeln zu beziehen. Das alphabetische Verzeichnis der erschienenen Hefte wird unentgeltlich abgegeben.

Inhalt der XX. Reihe. Heft 229—240.

229. (1) **Luther und Tetzel.** Von M. Büttner, Pfarrer an St. Simeonis in Minden i. W. 45 Pf.

230. (2) **Bonifatius, der „Apostel der Deutschen".** Ein Gedenkblatt zum Jubiläumsjahr 1905. Von Prof. Dr. Gerhard Ficker, Halle a. S. 50 Pf.

231. (3) **Was versteht der Katholik und was der Protestant unter „Kirche"?** Die römische Grundlehre gemeinverständlich dargestellt und evangelisch beleuchtet. Von Friedrich Stober, Pfarrer in Dürrn bei Pforzheim. 45 Pf.

232/33. (4/5) **Ausweisung und Nichtbestätigung evangelischer Geistlicher in Österreich 1899—1904.** 80 Pf.

234. (6) **Ultramontanes Staatsbürgertum.** Von J. Kalau v. Hofe, Leipzig. 30 Pf.

235. (7) **Luther und die Freiheit.** Von Dr. G. Sodeur, Pfarrer in Würzburg. 40 Pf.

236. (8) **Evangelisches Christentum und Kulturfortschritt.** Vortrag, gehalten auf der ersten Hauptversammlung des Ev. Bundes der Provinz Hannover zu Hildesheim am 22. Mai 1905 von Landgerichtsrat Dr. v. Campe, Hildesheim. 40 Pf.

237. (9) **Restauration — Revolution — Reformation.** Vortrag von Pfarrer K. Gastpar, Unterriexingen. 40 Pf.

238. (10) **Die rechtliche Stellung der Evangelischen in Oesterreich.** Vortrag von Pfarrer Hochstetter, Neunkirchen (N.-Österreich). 40 Pf.

239. (11) **Das Einigende im Protestantismus.** Vortrag von Prediger Prof. D. Hermann Scholz, Berlin. 30 Pf.

240. (12) **Konfessioneller Literaturbetrieb.** Von Dr. Richard Weitbrecht. 60 Pf.

Inhalt der XXI. Reihe. Heft 241—252.

241. (1) **Johann Muthmann.** Ein Erweckungsprediger aus der evangelischen Diaspora. Von F. Büttner, Pastor in Belgard. 60 Pf.

242. (2) **Der Evangelische Bund nach zwanzig Jahren.** Von A. Wächtler, Halle a. S. 40 Pf.

243/44. (3/4) **Luthers Stellung zum Rechte.** Von G. Müller, Landrichter in Naumburg a. S. 50 Pf.

245/46. (5/6) **Der Einfluß des Katholizismus und Protestantismus auf die wirtschaftliche Entwickelung der Völker.** Von Joh. Forberger, Pastor in Dresden. 80 Pf.

247. (7) **Der polnische Schulkinderstreik und der Ultramontanismus.** Von J. Aßmann, Pfarrer in Bromberg. 25 Pf.

248. (8) **Österreich und der Klerikalismus.** Vortrag, am 15. Januar 1907 im Evangelischen Bunde zu Stettin gehalten von Professor Dr. Meinhold, Stettin. 60 Pf.

249/50. (9/10) **Zur Ausbreitung der römischen Kirche im protestantischen Deutschland, besonders in der preußischen Provinz Sachsen.** Von Dr. Carl Fey. 60 Pf.

251. (11) **Die Wegnahme der evangelischen Kirche im Fürstentum Wohlau 1680—1706 und die Konvention von Alt-Ranstädt 1707.** Von Karl Raebiger. 50 Pf.

252. (12) **Die evangelische Kirche in Italien, ihr Besitzstand in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft.** Von Lic. theol. K. Rönneke. 75 Pf.

Inhalt der XXII. Reihe. Heft 253—264.

253. (1) **Sieben Bitt- und Bettelreden,** gehalten bei den Lutherfeiern der evangelischen Gemeinde in Tübingen von Dr. Karl Geiger, Oberbibliothekar. 40 Pf.

254. (2) **Professor Harnacks Kaisersgeburtstagsrede 1907.** Erwogen von einem Mitgliede des Evangelischen Bundes. Von Konsistorialrat Dr. Hermens, Cracau bei Magdeburg. 40 Pf.

255. (3) **Syllabus und Modernisten-Enzyklika Pius' X.** Von Vigilius. 50 Pf.

256/57. (4/5) **Der römische Katholizismus in den nordischen Reichen (Dänemark, Norwegen und Schweden).** Von A. Basedow, Pastor in Schmölln, S.-A. 75 Pf.

258/59. (6/7) **Bonifatiusverein und Protestantismus.** Von Pfarrer Dr. Friedrich Selle, Bad Ischl, Oberösterreich. 75 Pf.

260. (8) **Der persönliche Charakter des protestantischen Christentums.** Ein Vortrag von D. Martin Schulze, ordentlichem Professor an der Universität Königsberg. 25 Pf.

261/62. (9/10) **John Milton als protestantischer Charakter.** Von Dr. Carl Fey. 75 Pf.

263/64. (11/12) **Die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der Katholiken und ihre Ursachen.** Von Johannes Forberger, Pastor in Dresden. 1 M.

Inhalt der XXIII. Reihe. Heft 265—275.

265. (1) **Haeckels Monismus eine Gefahr für unser Volk.** Behandelt von Lic. Dr. Viktor Kühn, Pastor in Dresden. 75 Pf.

266. (2) **Zur Entwickelung des katholischen Ordenswesens im Deutschen Reich.** Ein statistischer Versuch von P. Paul Pollack, Groitzsch (Sachsen). 50 Pf.

267. (3) **Religion und Politik.** Von Walther Wolff. 50 Pf.

268/70. (4/6) **Um das Recht des evangelischen Religionsunterrichts.** Von Hans Winter. 1 M.

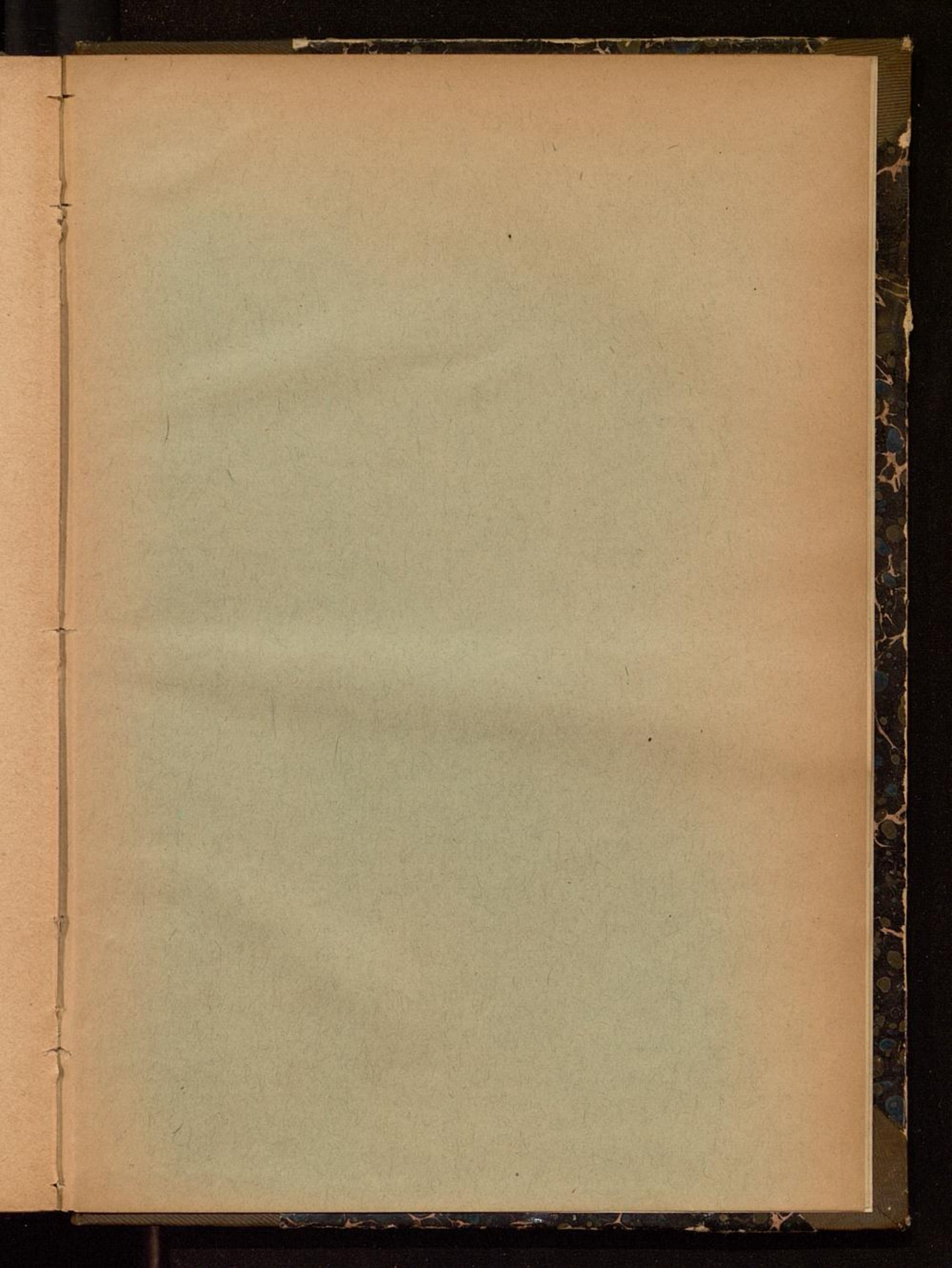
271. (7) **Priester und Pastor.** Vortrag, gehalten im Zweigverein des evangelischen Bundes in Görlitz von G. Bornkamm, Pastor. 40 Pf.

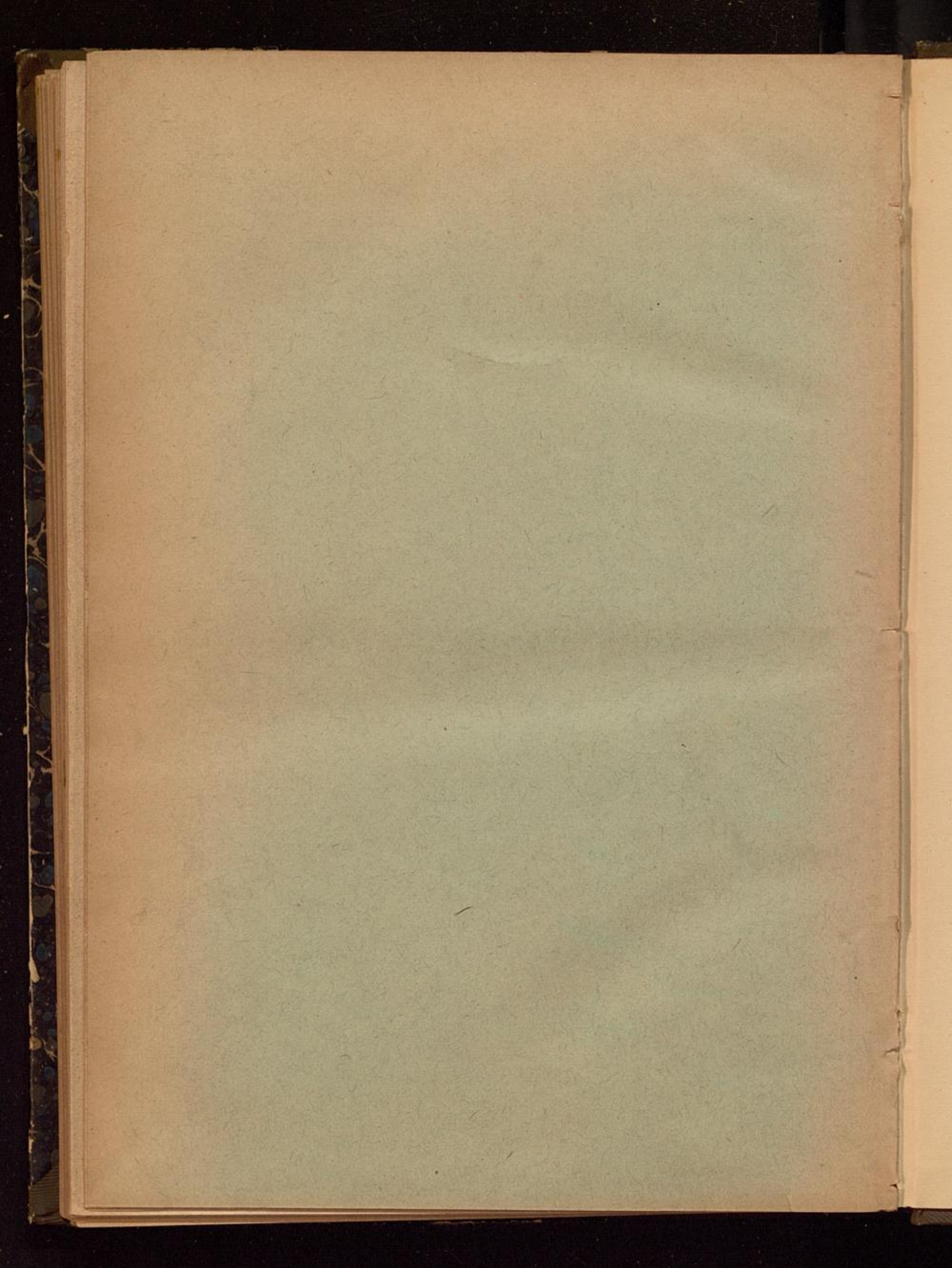
272. (8) **Johannes Calvin.** Von Dr. Carl Mirbt, Professor an der Universität Marburg. 40 Pf.

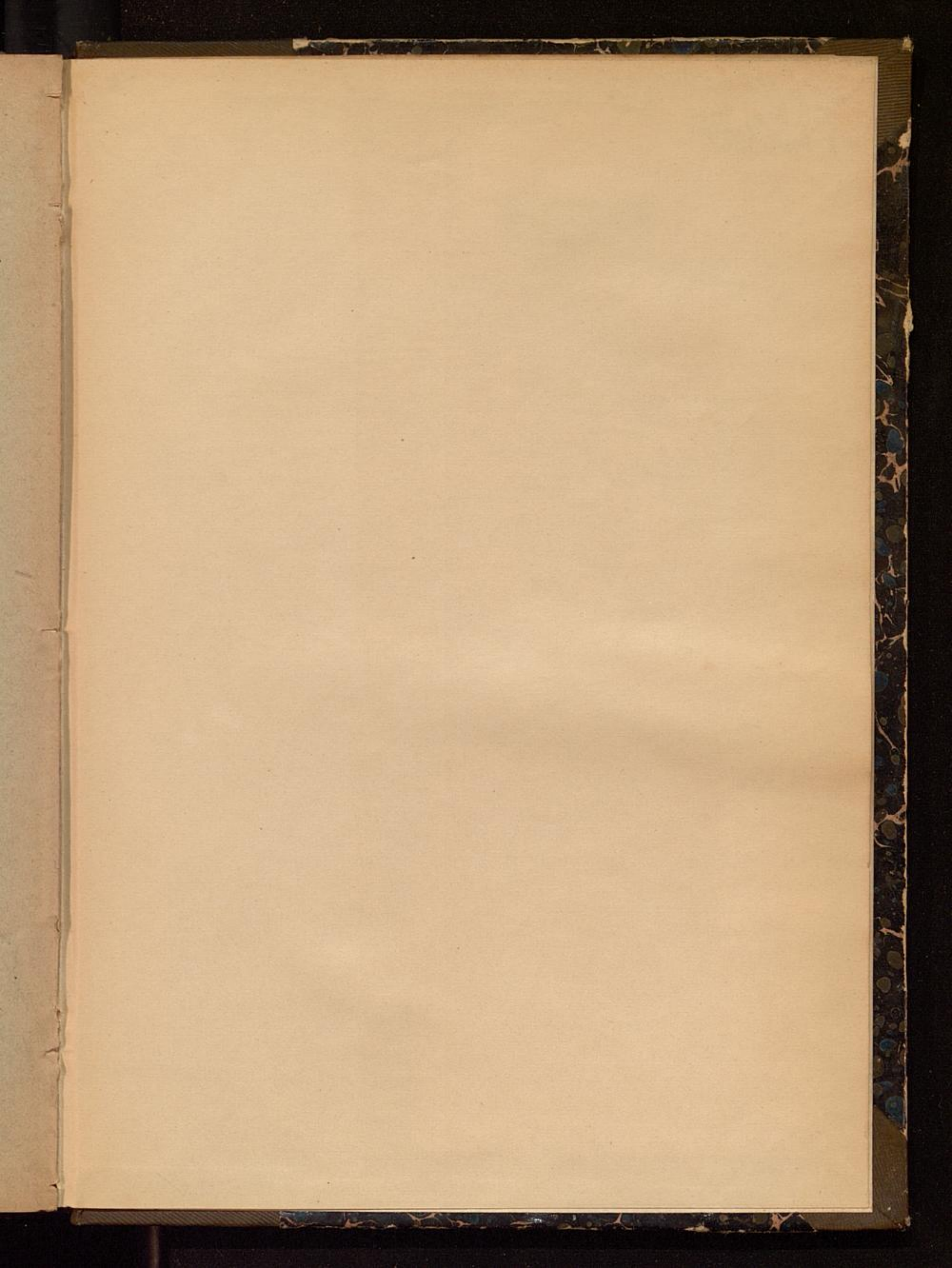
273 (9) **Zu Johannes Calvins Gedächtnis 10. Juli 1909.** Rede am 26. Juni 1909 in der Elisabethkirche zu Breslau bei der Calvinfeier des Evangelischen Bundes von D. Dr. Karl Heinrich Cornill, Geheimem Konsistorialrat, ordentlichem Professor der Theologie, weltlichem Vorsitzenden des Presbyteriums der Hofkirche zu Breslau. 40 Pf.

274/75. (10/11) **Bischof Benzler und der Protestantismus.** Auch ein Wort der Aufklärung an Katholiken und Nichtkatholiken, zugleich Antwort auf Bischof Benzlers Schrift „Metzer Hirtenbrief und Evangelischer Bund" vom Vorstand des Hauptvereins Lothringen des Evangelischen Bundes. 75 Pf.

Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle (Saale).








/D064969

